

Unsre Ernährung.

Eine Beiratsitzung des Kriegsernährungsamts.

Der Beirat des Kriegsernährungsamts ist am 19. und 20. Januar zusammengewesen. In der Sitzung sind sehr wichtige Aufschlüsse über die Zukunft unsrer Ernährung gegeben worden. Es ist nichts beschönigt worden; die Lage wurde in ihrem ganzen Ernst erörtert. Den zusammenfassenden Überblick, den der Präsident des Kriegsernährungsamts gab, haben wir schon in Nr. 75 wiedergegeben.

Es folgte ein Bericht der vertretenden Leiter der Reichsstärkestelle über den

Stand der Kartoffelversorgung.

Daß es nicht gelungen ist, einen genügenden Wintervorrat in den Städten zu schaffen, ist auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen, die nicht nur in dem Mangel an Eisenbahnwagen, sondern insbesondere auch in dem Fehlen und der Minderwertigkeit der Transportmittel auf dem Lande ihren Grund haben, wo bei der verringerten Zahl der Zugtiere der Transport nach der Bahn nur langsam bewältigt werden kann. Während der Zeit scharfen Frostes darf an eine Anfuhr nicht gedacht werden. Vorrübergehende Stockungen in der Kartoffelversorgung der Städte werden deshalb unvermeidlich sein. Es sind alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, daß bei Eintritt weichern Wetters, die Lieferung sofort wieder einsetzt.

Ergänzend wurde über die Maßnahmen zur Versorgung mit Kohlrüben berichtet. Besondere Aufmerksamkeit hat man der Frage der Kohlrüben-Trocknung gewidmet, die mit Hilfe hauptsächlich der Zuckerindustrie, aber auch der Stärkefabriken und Kartoffeltrocknereien betrieben wird.

Bei der Besprechung ging man zunächst auf die Frage der Kartoffelversorgung ein. Es wurde dabei hervorgehoben, daß die meisten Städte nur geringe Vorräte haben, so daß während des Frostes erhebliche Schwierigkeiten nicht ausbleiben könnten. Von Seiten des Kriegsernährungsamts wurde dazu erklärt, daß den Städten mit akuter Kartoffelnot durch eine Erhöhung der Reichszuweisung geholfen werden soll. Von einem Vertreter der Landkreise wurde ein Vorschlag zur Hebung der Kartoffelanfuhr gemacht. Es sei unerwünscht, die Mieten jetzt zu öffnen, da auf jeden gewonnenen Zentner zehn frieren. Man könne nur auf die Kellervorräte zurückgreifen. Bei der erhöhten Arbeitsleistung durch das Ansameln der kleinen Vorräte, die Transportschwierigkeiten und die durch die jetzige Kälte bedingte schnelle Verabstufung sei es zu empfehlen, während der Frostperiode einen Zuschlag von 30% für den Transport zu gewähren. Von Verbraucherseite wurde vor der Annahme gewarnt, daß nachträgliche Erhebungen größere Kartoffelvorräte ergeben. Mehrfach wurde zur Sprache gebracht, daß es wünschenswert sei, wenn das Kriegsernährungsamt nicht nur Befehls- sondern auch ein gewisses Maß von Exekutivbefugnis ausübe.

Der Vertreter des Kriegsamts gab einige Erklärungen über die Kriegswirtschaftsämter ab, die zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte und Betriebsmittel bestimmt sind. Die Trennung vom Kriegsamtsamt und Kriegsernährungsamt muß unbedingt aufrechterhalten werden. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ämtern ist so eng als irgend möglich.

Zur Fleischbewirtschaftung

gab der Leiter der Reichsstärkestelle einen Überblick über die Abnahme des Viehbestandes durch die Abschachtungen in der ersten Kriegszeit. Die Folge der Sparsamkeit ist in unsrer Viehstatistik sichtbar. Sie zeigt an sich eine erfreuliche Zulage. Allerdings bezieht sich diese Zulage im wesentlichen auf das Jungvieh, während der Kuhbestand die alte Höhe noch nicht wieder erreicht hat. Wir müssen auch weiterhin sparsam im Fleischverbrauch sein, wenn wir nicht wieder in den Kuhbestand eingreifen und damit unsre Milch- und Fettversorgung schädigen wollen. Immerhin zeigt die Übersicht über die Schlachtungen, daß in fast allen Gegenden des Reiches eine Verstärkung der Fleischration erzielt worden ist.

Aber die Versorgung mit Fischen wurde vom Reichskommissar für Fische ausgeführt, an der ganzen Küste seien etwa 20 Gesellschaften gebildet, welche den Fang und die Einfuhr ziemlich restlos erfassen. Verschiedene Maßnahmen seien getroffen, um die Preisbildung zu regulieren. Die Herstellung der Fischkonserven werde jetzt so geregelt, daß die Fabriken nicht mehr auf eigene Rechnung arbeiten, sondern nur im Lohn für die erwähnten Gesellschaften beschäftigt werden. Die Belieferung des Binnenlandes erfolgt in der Weise, daß bestimmte Absatzbezirke den verschiedenen Gesellschaften zur Belieferung zugewiesen seien.

Gegenstand eines weitem Berichtes war die Bewirtschaftung von Milch und Fett.

Der Leiter der Reichsstelle für Speisefette führte aus: Seit dem Verbot der Verfütterung und der Verbrennung der Kartoffeln und nachdem auch die Kohlrüben im wesentlichen der Verfütterung entzogen sind, besteht das Futter in der Hauptsache aus Heu und Stroh. Dieses Futter allein genügt nicht, um Milch zu erzeugen. Leider ist eine Steigerung des Milchtrages im Winter nicht zu erwarten. Es ist versucht worden, einen Schlüssel aufzustellen, um das Futter nach Maßgabe der Milchlieferung zu verteilen. Die Futtermengen sind aber so gering, daß die Erwartungen nicht erfüllt werden. Grundfähig muß durchgeführt werden, daß dort, wo Molkereien vorhanden sind, die Milch in diese geliefert wird. Eine Zurückhaltung der Milch für Zwecke der Aufzucht muß verhindert werden.

Von städtischer Seite wurde der Unterschied der Verhältnisse in Stadt und Land hervorgehoben. Hauptsächlich in bezug auf Milch müsse die Zufuhr nach der Stadt größer werden. Die Milchversorgung der Städte sei so eingeschränkt, daß in einem Teil der Städte tatsächlich nur die Vollmilch-Berechtigten überhaupt Milch bekommen, während die ganze übrige Bevölkerung überhaupt keine Milch erhalte. Dieser Zustand sei vom Standpunkt kriegswirtschaftlicher Gerechtigkeit nicht zu ertragen, wenn und solange auf dem Lande die Verhältnisse in dieser Beziehung noch erheblich günstiger liegen als in der Stadt. In Bayern habe man — allerdings nach monatelanger Arbeit — eine befriedigende Organisation der städtischen Milchversorgung durchgeführt. Das müsse auch an anderer Stelle gehen. Zunächst sei eine Zusammenfassung der Produzenten auf dem Lande nötig, mit denen die Städte unter Beihilfe des Staates verhandeln können. Die ländliche Bevölkerung müsse das Bestreben unterstützen, das in großzügiger Weise zu erfassen, was das Land noch abgeben kann.

Von Verbraucherseite wurde der ungerechtfertigte Unterschied im Preise von Milch und Butter dafür verantwortlich gemacht, daß nicht mehr Milch in die Großstädte komme. Wenn dieses Milchverhältnis von Reichs wegen ausgeglichen werden könnte und einheitliche Preise für Milch festgesetzt würden, dann würde auch mehr Vollmilch in die Städte hineingekommen. Die Städte könnten dann den Vorrat, den sie über ihren Bedarf an Vollmilch hinaus haben, selbst zu Butter und Magermilch verarbeiten. Ein Vertreter großstädtischer Interessen kam dann auf die Frage der Hausfleischschlachtungen zu sprechen und meinte, daß der Vorzug der Kriegsernährung doch ein ganz erheblicher sei. Da müsse das Kriegsernährungsamt einen Ausgleich finden. Bemerkenswert sei die Regelung in Bayern, wo von jedem hausgeschlachteten Schwein ein nach dem Schlachtgewicht abgestuftes Teil Fett und Speck für die Rüstungsarbeiter abgeliefert werden müsse. Was die Milch anbelangt, so sei der Rückgang in der Anlieferung an die Städte ganz enorm. Dazwischen beispielsweise habe, erhalte jetzt statt der ihm zugelandenen 26.000 Liter tatsächlich nur 22.000 Liter. Die Zwangsablieferungen müssen mit aller Kraft festgelegt und durch Herabsetzung der Milchpreise ein Ausgleich zu den Milchpreisen gefunden werden. Die Milchherzeugung auf dem Lande könne nicht in dem gleichen Maße zurückgegangen sein wie die Milchlieferung in den Städten. Jedenfalls werden noch zuviel verfüttert und zur Aufzucht von Milchmastfälsern verwandt. Auch die Handzentrifugen seien daran schuld, daß die Milch nicht an die Molkereien abgeliefert, sondern verbuttert werden, und die Butter dann auf Schleichwegen in die Hände von gutzahlenden Konsumenten komme.

Vom Kriegsernährungsamt wurde zugegeben, daß die Anrechnung bei den Hausfleischschlachtungen ziemlich vorteilhaft sei, aber es handle sich hier um eine bewährte Einrichtung, die aufrechterhalten werden müsse. Sie allein sei die beste Abfallausnutzung. Das der Landbevölkerung bewilligte Mehrgewicht müsse als ein Entgelt für die Mühe der Aufzucht, für den Schwund durch Räucherung und den Verzicht auf das Frischfleisch angesehen werden.

Aus ländlichen Kreisen wurde der Rückgang der Milchlieferung damit erklärt, daß auf dem Lande jetzt mehr Milch verbraucht werde, als früher, da das amerikanische Schweinefleisch schlechtere Milchablieferung könne noch gefördert werden, jedoch nicht mit Zwangsmaßnahmen, die den Bauern nur verärgern und die Produktion schädigen, wohl aber durch Aufklärung, etwa durch den Hinweis, daß jedes Stückchen Butter einem Schuh Pulver gleichzusetzen sei, der das Leben der eignen Angehörigen im Felde sichere. Auch durch Kommissionen, die die örtliche Aufsicht übernehmen, könne noch viel erreicht werden.

Vom Kriegsernährungsamt wurde erklärt, daß die Festsetzung einheitlicher Milchpreise, die gewünscht werde, in Vorbereitung sei.

Einige Fragen, wie sich die Abnahme der Fische gestalten werde, beantwortete der Reichskommissar für Fische dahin, daß als Abnehmer in Frage kommen: die kommunalen Fischabnahmestellen, die großen Industriewerke, Heilanstalten, Hotels, Kurhäuser. Weitere Anfragen wegen des Heringsmangels und der Süßwasserfische wurden dahin beantwortet, daß wir bezüglich der Heringe vollkommen auf die Einfuhr angewiesen seien. Die Süßwasserfische lassen sich nur schwer erfassen; Höchstpreise ohne gleichzeitige Bewirtschaftung seien unwirksam.